

presse

Regierungsentwurf zum Hochfrequenzhandel geht am Problem vorbei

Zum Regierungsentwurf zum Hochfrequenzhandel erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lothar Binding:

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Regulierung des Hochfrequenzhandels an den Börsen beschlossen. Mit diesem Gesetzentwurf lassen sich die mit dem Hochfrequenzhandel verbundenen Risiken bei 20 Millionen Transaktionen am Tag aber nicht wirksam eindämmen.

Eine wirksame Begrenzung der Risiken aus dem Hochfrequenzhandel erfordert eine Überprüfung und Zulassung der Handelsalgorithmen. Außerdem müssen Mindesthaltefristen verbindlich vorgegeben werden, um eine tatsächliche Ausführung der Handelsorder zu gewährleisten und der Schaffung von Scheinliquidität entgegen zu wirken.

Die Maßnahmen des Regierungsentwurfes setzen in erster Linie bei der Regulierung der Hochfrequenzhändler an, gehen daher an dem eigentlichen Problem vorbei.

Ein Großteil des Handels an den Börsen entfällt mittlerweile auf den computergestützten Hochfrequenzhandel. Es werden dabei algorithmische Handelsstrategien eingesetzt, die den Kauf hoher Volumen von Wertpapieren automatisch steuern, um sie bereits nach wenigen Millisekunden wieder zu verkaufen.

Das sehr hohe Ordervolumen und die minimalen Haltefristen können zu rapiden Preisentwicklungen führen, die die Stabilität der Finanzmärkte gefährden. Durch die extrem hohe Handelsgeschwindigkeit und fehlende Mindesthaltedauer können durch den computergestützten Handel in großem Umfang Scheinorders

platziert werden, die die Preisbildung am Markt manipulieren.

Dies hat sich etwa bei dem drastischen Kurssturz an der New Yorker Börse am 06. Mai 2010 gezeigt, der maßgeblich durch fehlerhaft programmierte Handelsalgorithmen verursacht wurde.

Insgesamt ist es offensichtlich die Aufgabe der Politik, die Geschwindigkeit im Handelsgeschäft wieder in menschliche Dimension zurückzuführen.